

te die Einschränkung der Religionsfreiheit sowie die Todesstrafe in der Volksrepublik und regte eine Ausweitung des deutsch-chinesischen Dialogs über Rechtsstaatlichkeit an. In diesem Zusammenhang äußerte er, dass eine Verbesserung der Menschenrechtslage in China einen positiven Effekt auf die laufende Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele in Beijing im Jahre 2008 haben würde. Die Beziehungen zwischen Deutschland und China sind – nach Aussagen Fischers – insgesamt gut, was u.a. an der großen Anzahl diplomatischer Kontakte abzulesen sei. (FAZ, 26.5.01; HB, 21.5.01; Chairman's Statement, Third ASEM Foreign Minister's Meeting, nach XNA, 27.5.01; BBC PF, 25.5., 28.5.01; XNA, 25.5.01) -kg/A. Ufen-

Innenpolitik

11 Schwieriger Balanceakt zwischen sozialer Stabilität und wirtschaftlichen Reformen

Verschiedene Dokumente und Stellungnahmen hoher Regierungsvertreter aus den vergangenen Wochen deuten darauf hin, dass die parteistaatliche Führung sich vor einem zunehmend problematischen *trade-off* zwischen der Wahrung sozialer Stabilität und der Durchführung der wirtschaftlichen Reform- und Öffnungspolitik gestellt sieht.

So wurde Anfang Juni eine Studie über soziale Unruhen in China publik, die von einer Forschungsgruppe der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh erstellt worden war und, wenn auch in geringer Auflage, in der Zentralen Pressestelle der KPCh in Beijing angeblich allgemein zugänglich war. Die über 300 Seiten lange Publikation mit dem Titel „Untersuchungsbericht China 2000-2001: Studien zu Widersprüchen im Volk unter neuen Bedingungen“, fasst die Ergebnisse von Erhebungen in elf chinesischen Provinzen zusammen.

Die Studie zeichnet ein alarmierendes Bild der gesellschaftlichen Situation in China. Angesichts wachsender sozioökonomischer Unterschie-

de, insbesondere angesichts des steigenden Einkommensgefälles zwischen Stadt und Land, zwischen fortschrittlichen Küstengebieten und rückständigen Binnenregionen, sowie zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, breiteten sich soziale Unruhen und Konflikte in bedenklichem Maße aus. Auch die grassierende Korruption gebe Anlass für wachsenden Unmut. Besonders stark betroffen seien freigesetzte Arbeitskräfte aus unprofitablen Staatsbetrieben, die zum Teil über lange Zeit ohne reguläres Einkommen auskommen müssten, sowie Bauern, die unter einer steigenden Last willkürlicher Abgaben und Gebühren zu leiden hätten. Neben diesen beiden Gruppen beteiligten sich inzwischen aber auch beschäftigte Arbeitskräfte, Unternehmer, freigesetzte Armeeangehörige und sogar Funktionäre, Lehrer und Studenten an Protestaktionen jeder Art.

Proteste von mehreren tausend oder sogar über zehntausend Personen seien keine Seltenheit mehr. Auch habe die Konfrontationsbereitschaft der Protestierenden zugenommen; typische Protestformen seien die Sperrung von Brücken und Straßen, die Besetzung von Partei- und Regierungsbehörden, die persönliche Bedrohung von Angehörigen lokaler Parteikomitees und Verwaltungsorgane bis hin zur Anwendung von körperlicher Gewalt gegen Funktionäre und Sicherheitskräfte.

Da die offiziellen Medien in China mit der Berichterstattung über gesellschaftliche Unruhen und Konflikte im Regelfall sehr zurückhaltend sind, hat die Studie die Aufmerksamkeit der internationalen Medien auf sich gezogen. Trotz ihrer „Sensationalität“ sollte die Veröffentlichung jedoch nicht dahingehend verstanden werden, dass die soziale Stabilität in China unmittelbar und akut gefährdet sei und nun gewissermaßen die Alarmglocke betätigt werde. Tatsächlich sind die geschilderten Phänomene in der „inoffiziellen“ Öffentlichkeit Chinas (zumindest in den jeweils betroffenen Regionen) schon seit längerem bekannt. Plausibler scheint es vielmehr anzunehmen, dass die Auftraggeber der Studie mit der Publikation beabsichtigen, den Druck auf die Führungsspitze zu erhöhen, den bestehenden sozialen Problemen bei der Ausgestaltung

der Wirtschafts- und Öffnungspolitik mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dies dürfte insbesondere angesichts des bevorstehenden Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation gelten, in dessen Folge der Wettbewerbsdruck auf die heimische Wirtschaft und damit der soziale Problemdruck noch wachsen wird.

Entsprechend empfiehlt die Studie zum Abbau des sozialen Unruhepotenzials neben einer Stärkung der „sozialistischen Demokratie“, in der die Bevölkerung ihre Interessen besser geltend machen kann, vor allem eine Verringerung des bestehenden Einkommensgefälles durch geeignete wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen sowie die Errichtung eines Systems sozialer Sicherung für städtische Arbeitskräfte.

Genau hierbei scheinen der Regierung allerdings zunehmend die Hände gebunden zu sein. Wie Ministerpräsident Zhu Rongji wenige Tage nach Erscheinen der Studie in einer viel beachteten Rede vor Studenten der Qinghua-Universität in Beijing deutlich machte, fehle es der Zentralregierung aufgrund der jüngsten außen- und binnenwirtschaftlichen Entwicklung an ausreichenden Finanzmitteln, um geplante Maßnahmen zur Abfederung der drängendsten sozialen Probleme im vorgeesehenen Umfang und Tempo umzusetzen. Zwar seien die Fiskaleinnahmen der Zentrale im Vergleich zu den Vorjahren leicht angestiegen; auch könne das angestrebte Wirtschaftswachstum von über 7% in diesem Jahr erreicht werden. Jedoch seien die Auswirkungen der schleppenden konjunkturellen Entwicklung in den USA und in Europa inzwischen auch in China zu spüren. Im Hintergrund der Ausführungen Zhu Rongjis sind auch Bedenken zu vermuten, dass sich die gegenwärtig betriebene aktive Fiskalpolitik der Zentralregierung zur Stärkung der Binnennachfrage nicht beliebig lange fortsetzen lassen dürfte, da sonst eine neue Inflationswelle drohen könnte.

Mit der angespannten wirtschaftlichen Situation begründete der Ministerpräsident, dass einige im Rahmen des Zehnten Fünfjahresplans vorgesehene Reformmaßnahmen „ein wenig verlangsamt“ werden müssten. Dies betreffe zum Ersten Pläne zur Reduktion der Abgaben und Gebührenlast

bäuerlicher Haushalte, die in einigen ländlichen Regionen an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit gestoßen sind. Um eine weitere Verelendung der bäuerlichen Bevölkerung zu verhindern, war im Frühjahr dieses Jahres eine Politik der „Steuern statt Gebühren“ formuliert worden, durch die die Belastung der Bauern auf ein reguläres und staatlich kontrolliertes Maß beschränkt werden sollte (vgl. C.a., 2001/2, S.160-168, 2001/3, Ü 29, S.280). Angesichts der prekären Haushaltssituation vieler ländlicher Kommunen steht nun aber zu befürchten, dass bei einer konsequenten Rückführung der bäuerlichen Abgaben an die Kommunen die ohnehin knappen Investitionsmittel für öffentliche Aufgaben wie den Ausbau der Infrastruktur und insbesondere des Bildungssystems vollständig versiegen könnten. Eine schnelle Umsetzung der Reform „Steuern statt Gebühren“ sei deshalb nicht zu verwirklichen, vielmehr müsste den Kommunen gerade im Bildungsbereich die Erhebung verschiedener administrativer Gebühren vorläufig zugestanden bleiben.

Verlangsamt werden müsse zum Zweiten die Reform des sozialen Sicherungssystems. Zuletzt war vorgesehen worden, – ausgehend von erfolgreichen Experimenten mit der Einrichtung eines einheitlichen betriebsübergreifenden Sozialsicherungssystems in der nordostchinesischen Provinz Liaoning – nun in jeder Provinz mehrere Städte für die Durchführung ähnlicher Experimente auszuwählen. Nach den Ausführungen Zhu Rongjis aber muss angesichts der mangelnden Finanzmittel die Zahl der ausgewählten Pionierstädte auf eine Stadt je Provinz beschränkt werden. Die Verlangsamung der Reform in diesem Bereich dürfte sich auch auf das Tempo der Reform der Staatsbetriebe auswirken, da größere Fluktuationen in der Beschäftigung ohne eine funktionierende soziale Sicherung kaum durchsetzbar sein werden.

Schließlich erwähnte Zhu, dass eine seit längerem geplante Reform zur Erhebung einer Treibstoffsteuer für Fahrzeuge, die an die Stelle einer Vielzahl von administrativen Gebühren für Fahrzeughalter treten sollte, weiter aufgeschoben werden müsse. Angesichts der verteuerten Weltmarktpreise für Treibstoff sei die Einführung

einer Benzinststeuer gegenwärtig nicht zumutbar.

Die hier aufgezeigten Positionen machen den erheblichen Druck deutlich, dem sich die parteistaatliche Führung im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Reformen und gesellschaftlicher Stabilität ausgesetzt sieht. Zugleich ist aber auch ein (in der internationalen Medienberichterstattung häufig unterbelichteter) positiver Aspekt zu vermerken, dass die darin reflektierten politischen Zielkonflikte, Handlungszwänge und Lösungsstrategien zunehmend den Charakter „normaler“ politischer Entscheidungsprozesse und Verwaltungsabläufe tragen. (IHT, 2.6.01; *New York Times*, 3.6.01; Tsinghua University bulletin board web site, 5.6.01, nach BBC PF, 5.6.01; SCMP, 8.6.01; FT, 9.6.01) -hol-

12 Erneuter Mitgliederrekord der Kommunistischen Partei

Wie in den vorausgehenden Jahren verzeichnete die Kommunistische Partei Chinas auch in diesem Jahr einen neuen Mitgliederrekord. Nach offiziellen Statistiken, die Anfang Juni veröffentlicht wurden, ist die Zahl der Parteimitglieder von 63,5 Mio. Ende 1999 auf 64,5 Mio. Ende 2000 gestiegen, was 5,2% der Gesamtbevölkerung entspricht. Der erreichte Zuwachs der Mitgliederzahl von unter 2% lag damit deutlich niedriger als der im Vorjahr erreichte Zuwachs von rund 4% (vgl. C.a., 2000/6, Ü 19).

Unter den Parteimitgliedern stieg der Anteil der Frauen von 17,0% auf 17,4% an (absolute Zahl: 11,2 Mio. Frauen). Die Erhöhung des Frauenanteils lag damit leicht über dem Trend der vergangenen Jahre. Konstant blieb hingegen der Anteil der Angehörigen ethnischer Minderheiten mit 6,2% der gesamten Mitgliederzahl.

Besondere Betonung fand die Verjüngung der Parteimitgliedschaft. Tatsächlich ist zwar der Anteil der unter 35-Jährigen mit 22,3% gegenüber den Vorjahren weiter leicht gefallen (1998: 23,4%; 1999: 22,5%; vgl. C.a., 2000/6, Ü 19). Umso größere Anstrengungen werden aber offenbar gegenwärtig gemacht, um unter jungen Menschen, insbesondere unter Hochscholstudenten, neue Mitglieder zu werben. So

sollen von den insgesamt 13,95 Mio. laufenden Anträgen auf Mitgliedschaft 70% von jungen Menschen unter 35 Jahren gestellt worden sein. Rund ein Drittel der College-Studenten in China soll die Parteimitgliedschaft beantragt haben. Habe der Anteil der Universitätsstudenten an der Gesamtmitgliederzahl im Jahr 1990 nur bei 0,81% gelegen, so sei er inzwischen auf 3,83% gewachsen. Der Anteil der Postgraduierten sei im gleichen Zeitraum von 22,4% auf 28,23% gestiegen.

Nach offizieller Darstellung liegen die Gründe der Attraktivität einer Parteimitgliedschaft für junge Menschen in den sich dadurch eröffnenden Möglichkeiten, soziale und politische Verantwortung zu übernehmen, sowie in der Popularität der Deng-Xiaoping-Theorie und anderer durch die KPCh transportierter ideologischer Inhalte. Viele junge Menschen scheinen sich von einem Beitritt aber auch bessere berufliche Aufstiegs- und Einkommensmöglichkeiten zu versprechen. Beförderungen auf bestimmte Ämter, regelmäßige bzw. längere Dienstreisen ins Ausland, aber auch der Zugang zu hochwertigen Wohnungen und anderen Privilegien setzten auch heute oft noch die Parteimitgliedschaft voraus.

Die pragmatische Entscheidung für einen Beitritt zur KPCh scheint darüber hinaus dadurch erleichtert zu werden, dass die politisch-ideologischen Anforderungen, die dem etwa einjährigen Antragsprozedere zugrundeliegen, heruntergesetzt worden sind. Nicht zuletzt sind nach und nach auch die Barrieren gefallen, die bislang Angehörigen des privaten Unternehmenssektors die Mitgliedschaft in der KPCh versagt haben. Wenn hierzu auch keine offiziellen Statistiken vorliegen, so dürfte der Anteil von Aktionären und Beschäftigten des nichtstaatlichen Unternehmenssektors an der Gesamtmitgliedschaft der Partei bereits auf eine signifikante Zahl gestiegen sein. (XNA, 2., 4., 5., 25.6.01; SCMP, 7.6.01) -hol-

13 Maßnahmen gegen „schädliche Praktiken“ im Kadernsystem

Die Zentrale Disziplinungskontrollkommission und die Organisationsabteilung des ZK der KPCh haben gemeinsam

ein Rundschreiben herausgegeben, in dem Maßnahmen zur Bekämpfung von „schädlichen Praktiken“ und Amtsvergehen bei der Rekrutierung, Einstellung und Beförderung von Kadern angeordnet werden.

Das in den offiziellen Medien abgedruckte Dokument benennt ohne Umschweife eine Reihe verbreiteter Missstände im Kadernsystem. Dazu zählen:

- die Einstellung oder Beförderung von Kadern durch individuelle vorläufige Verfügung;
- die „Einschmeichelung“ bei Vorgesetzten und der Einsatz persönlicher Beziehungen zur Erwirkung von Beförderungen;
- die Inaussichtstellung hoher Ämter als persönliche Gefälligkeit;
- informelle Anweisungen höhergestellter Funktionäre an unterstellte Behörden und indirekte Einflussnahme hinsichtlich der Ernennung oder Beförderung bestimmter Personen;
- Besetzung von Stellen über den genehmigten Stellenplan hinaus;
- übereilte Beförderung von Kadern ohne Absprache mit den zuständigen Personalbehörden;
- Weitergabe diskreter Informationen über Personalentscheidungen;
- der „Kauf und Verkauf“ von offiziellen Ämtern;
- die Bestechung von Wählern und der „Kauf“ von Stimmen.

Zur Bekämpfung dieser Missstände, die offenbar gerade auf kommunaler Ebene weit verbreitet sind, wird eine striktere Einhaltung entsprechender früher erlassener Vorschriften und Verordnungen angemahnt. Die Tatsache, dass das Rundschreiben auf eine ganze Batterie bestehender Regelungen und Disziplinarvorschriften verweist, macht die großen Schwierigkeiten deutlich, gegen die genannten „schädlichen Praktiken“ effektiv vorzugehen.

Konkret werden die Parteikomitees, Organisations- und Personalabteilungen auf den verschiedenen administrativen Ebenen angewiesen, die Einstellungspolitik der Regierungsbehörden unter ihrer Aufsicht regelmäßig, mindestens aber alle zwei Jahre, gründlich zu prüfen. Durch Informationsaustausch mit den jeweiligen Disziplinkontrollabteilungen und Justizbehörden vor Ort soll die Aufdeckung und Ahndung von Amtsvergehen erleichtert werden. Auch soll zukünftig jeweils die Meinung der lokalen Disziplinkontrollabteilung der Partei eingeholt werden, bevor Namenslisten für die Einstellung oder Beförderung von Kadern aufgestellt werden. Bei umfassenden Reorganisations ganzer Behörden, wie sie im Rahmen der seit 1998 durchgeführten groß angelegten Verwaltungsreform vorgenommen werden, sollen diese durch Inspektionsteams der übergeordneten Disziplinkontrollabteilungen und Organisationsabteilungen der Partei beaufsichtigt werden. Personalentscheidungen sind grundsätzlich kollektiv zu fällen; eigenmächtige individuelle Entscheidungen sollen in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Vorgesehen sind außerdem eine striktere Verhängung von Disziplinarstrafen bei Verstößen, eine Intensivierung der ideologischen und politischen Schulung verantwortlicher Entscheidungsträger sowie der Ausbau „demokratischer“ Überwachungsmechanismen. Unter anderem sollen gezielt „einige“ Fälle in den Medien dokumentiert werden – was impliziert, dass die Partei sich die Auswahl dieser negativen Exempel vorbehält.

Wie bereits früher angekündigt, soll ferner ein System öffentlicher Stellenausschreibungen dazu beitragen, dass qualifizierte Personen unter objektiveren Einstellungskriterien die Möglichkeit erhalten, verantwortliche offizielle Ämter zu übernehmen. Durch die – zunächst vorläufige – Einführung einer Probezeit für Neubesetzungen und anderer fachlicher Eignungskriterien soll die Qualifikation der Kader weiter sichergestellt werden.

Wie das Rundschreiben schließlich andeutet, wird offenbar sogar die Einführung von internen geheimen Wahlen zur Besetzung von Führungsämtern in Partei- und Regierungsorganen auf

Bezirks- und Kreisebene angedacht. Die Ständigen Ausschüsse der jeweils übergeordneten Parteikomitees auf Provinz- bzw. Stadtebene werden aufgefordert, zukünftig Namenslisten geeigneter Kandidaten aufzustellen und daraufhin möglichst Plenarsitzungen der Parteikomitees (*dang de weiyuanhui quanti huiyi*) einzuberufen, die durch Diskussion und anschließende geheime Wahl über die jeweils zu besetzenden Ämter entscheiden sollen. Längerfristig wird die Möglichkeit eröffnet, solche parteiinternen Wahlen zu kommunalen Führungsämtern in breitem Maßstab durchzuführen. Aus dem Rundschreiben gehen allerdings weder der zeitliche Horizont noch die konkreten Verfahrensregeln für einen solchen internen Wahlmodus hervor. (RMRB, 30.5.01) -hol-

14 Neue juristische Handhabe zur strafrechtlichen Verfolgung von Falungong-Anhängern

Am 10. Juni gaben der Oberste Volksgerichtshof und die Oberste Volksstaatsanwaltschaft gemeinsam eine „Erklärung zu einigen Fragen der konkreten Anwendung von Gesetzen im Umgang mit Straftaten im Bereich der Organisation und des Missbrauchs von Kulten“ bekannt. Das Dokument liefert den Justizbehörden in China neue juristische Handhabe zur strafrechtlichen Verfolgung von Angehörigen der Falungong-Bewegung und anderer als „Kulte“ kategorisierten religiösen und spirituellen Gruppen. Die „Erklärung“, die eine Auslegung des im Jahr 1997 revidierten Strafgesetzbuches für dessen spezielle Anwendung auf „Kulte“ darstellt, trat am 11. Juni in Kraft.

Gemäß der „Erklärung“ wird zukünftig die Herstellung und Verbreitung von Werbe- und Propagandamaterialien von „Kulten“ in mehrfacher Hinsicht strafrechtlich verfolgbar. So soll die Herstellung und der Vertrieb größerer Mengen von schriftlichen, Audio- und Videomaterialien nach Artikel 300 (1) des Strafgesetzbuches (StGB) je nach Menge und Wirkung mit mehrjährigen Freiheitsstrafen geahndet werden. Werden entsprechende Materialien mit dem Zweck der „Landesspaltung“, der Un-

terwanderung der nationalen Einheit oder der Anstiftung zur Subversion der Staatsgewalt und des sozialistischen Systems hergestellt oder verteilt, so können Artikel 103 (2) bzw. 105 (2) StGB geltend gemacht werden, die ebenfalls mehrjährige Freiheitsstrafen vorsehen. Ähnliches gilt in Verbindung mit einer Verleumdung oder Verunglimpfung anderer Personen; hier gilt Artikel 246 StGB. Besonders harte Strafmaße sind vorgesehen, wenn mehrere Straftatsbestände zugleich vorliegen. (Dies wäre etwa denkbar im Falle von Angriffen auf die Person Jiang Zemins, wie sie etwa auf der Website der in den USA ansässigen Falungong-Organisation zu finden sind.)

Strafrechtlich verfolgt werden soll in Zukunft, ebenfalls unter Artikel 300 des StGB, ferner die Versammlung von Kultmitgliedern zur Ausübung ihrer Aktivitäten oder zur Anstiftung von Übergriffen auf staatliche Verwaltungs- und Medienorgane. Artikel 282 (1) und Artikel 398 StGB sollen geltend gemacht werden, wenn Kultmitglieder unbefugt über „Staatsgeheimnisse“ (eine vage definierte Kategorie) verfügen oder diese wissentlich oder unwissentlich an Dritte, insbesondere an Ausländer, weitergeben. Auch hier drohen langjährige Haftstrafen.

Mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder gar der Todesstrafe können schließlich nach den Artikeln 232 und 234 StGB Aktivitäten belegt werden, durch die Kultmitglieder zum Selbstmord oder zur Selbstverletzung organisiert, angestiftet oder anderweitig unterstützt werden. Ähnliches gilt unter den Artikeln 114, 115 (1) und 119 StGB für die Anstiftung zu Selbstmord und ähnlichen Aktivitäten, durch die die Sicherheit Dritter gefährdet wird.

Wie insbesondere die letztgenannten Straftatsbestände deutlich machen, ist die jüngste „Erklärung“ als Reaktion auf die versuchten Selbstverbrennungen von fünf Personen (in drei Fällen mit tödlichem Ausgang) im Januar dieses Jahres zu verstehen, bei denen es sich um Falungong-Anhänger gehandelt haben soll. Seit diesem Vorfall ist die Zahl der offenen Demonstrationen von Falungong-Anhängern auf dem Tiananmen-Platz erheblich gesunken. Angeblich nahm aber in

den letzten Monaten die Verbreitung von Werbe- und Informationsmaterial durch Handzettel, Wurfsendungen und Internet-Postings zu, durch die Falungong-Anhänger versuchen, auf ihre kritische Lage aufmerksam zu machen und die Sympathie der Bevölkerung zu gewinnen.

Bereits im Oktober 1999 hatte der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses eine erweiterte Auslegung des Strafgesetzbuches für die spezielle Anwendung auf religiöse „Kulte“ angenommen. Bereits damals war die Möglichkeit der Verhängung langjähriger Freiheitsstrafen bis hin zur Todesstrafe für besonders schwerwiegende Straftatsbestände von Kultmitgliedern vorgesehen worden. Die jüngste „Erklärung“ stellt eine weitere verbindliche Spezifizierung bzw. Ergänzung dieser früheren Bestimmungen zur Anwendung des Strafgesetzbuches dar. (RMRB, 11.6.01; englischer Text der offiziellen Erläuterungen in Xinhua, 10.6.01, nach FBIS, 10.6.01; AWSJ, 11.6.01; IHT, 12.6.01; Kommentar und Übersetzung des 1997 revidierten Strafgesetzbuches der VR China in deutscher Sprache: Michael Strupp, *Das neue Strafgesetzbuch der VR China*, Hamburg: Institut für Asienkunde, 1998) -hol-

15 Viertes Nationales Arbeitsforum zu Tibet

Vom 25. bis 27. Juni wurde in Beijing das Vierte Arbeitsforum zu Tibet abgehalten, das vom Zentralkomitee der Partei und dem Staatsrat gemeinsam ausgerichtet wurde. An dem Arbeitsforum nahmen sämtliche Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros sowie zahlreiche andere Politbüromitglieder, des Weiteren Führungskader aus Tibet und anderen Landesteilen sowie hochrangige Militärvertreter – insgesamt 240 Personen – teil. Die prominente und zahlenmäßig gewichtige Teilnehmerschaft kann als ein Indiz für die große politische Bedeutung der Veranstaltung gelten.

Bei dem Forum handelte es sich um das vierte seiner Art in der Reformperiode der Volksrepublik China. Vorausgegangen waren entsprechende Tibet-Foren in den Jahren 1980, 1984 und 1994. Auf dem dritten Arbeitsforum im Juli 1994 war ein Programm

zur „Beschleunigung der Entwicklung und zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Stabilität“ in Tibet vorgestellt worden, welches vorsah, durch umfassende Finanzhilfen binnen kurzer Zeit eine nachholende Entwicklung Tibets zu vollziehen. Die Angleichung der Lebensverhältnisse an das innerchinesische Niveau wurde dabei als ein wichtiger Faktor für die Gewährleistung der gesellschaftlichen Stabilität und einer langanhaltend friedlichen politischen Herrschaft gewertet (vgl. C.a., 1994/7, Ü 10). Zwischen 1994 und 2000 sollen Investitionen in einer Gesamthöhe von 29 Milliarden RMB Yuan nach Tibet geflossen sein; das Bruttosozialprodukt in Tibet ist im gleichen Zeitraum um 96% angestiegen.

Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh Jiang Zemin legte in einer programmatischen Rede auf dem Forum die Leitlinien und Grundgedanken für die Tibetpolitik Chinas in den nächsten Jahren fest. Wie bislang solle der wirtschaftliche Aufbau im Mittelpunkt stehen, wobei ökonomische Entwicklung und gesellschaftliche Stabilität in einem engen Wechselverhältnis zueinander stünden. Die gesamte Partei und das ganze Land werden aufgefordert, der Entwicklung Tibets vollste Aufmerksamkeit und Energie zu widmen.

Über das hinaus, was im Rahmen der im Herbst 1999 aufgelegten Entwicklungsstrategie für Westchina ohnehin an speziellen Infrastrukturprojekten und Investitionen für die westlichen Landesteile vorgesehen ist, soll die Autonome Region in den kommenden Jahren in besonderer Weise mit Sondermitteln bedacht werden. So will sich die Zentralregierung mit einer Investitionssumme von insgesamt 31,2 Milliarden Yuan an 117 Infrastrukturprojekten in Tibet beteiligen. Ferner sind aus verschiedenen Provinzen Chinas weitere Investitionen in Höhe von 1,06 Milliarden Yuan für 70 Projekte in Tibet veranschlagt.

Als ein neues politisches Element wurde in das Grundsatzprogramm die explizite Forderung aufgenommen, „den Kampf gegen die landesspalterischen Aktivitäten der Dalai-Clique und gegen die Infiltrations- und Subversionsaktivitäten internationaler Anti-China-Kräfte mit gesteigerter Intensität

zu führen sowie die Stabilität Tibets und die Einheit des Vaterlandes entschlossen zu verteidigen“. Entsprechend müsse ein verlässlicher Stab an Parteikadern aufgebaut werden, um Reform, Entwicklung und Stabilität Tibets zu gewährleisten. Die von der Partei festgesetzte ethnische Minderheitenpolitik und die Religionspolitik sollten konsequent umgesetzt werden; Gleichberechtigung, Einheit und Solidarität der verschiedenen ethnischen Gruppen in China sollten gefestigt sowie die „patriotische Einheitsfront“ gestärkt werden. Im Rahmen der Religionspolitik, die die Ausübung „normaler“ religiöser Aktivitäten des tibetischen Buddhismus schützt, müsse strikt dagegen angegangen werden, dass unter Missbrauch von Religion landesspalterische Verbrechen begangen würden.

Mit diesen harschen Formulierungen scheint eine offensive Haltung der chinesischen Führung gegenüber dem im Exil lebenden Dalai Lama, der sich selbst als religiöses und politisches Oberhaupt Tibets versteht, nun offiziell festgeschrieben. Jeglichen Versuchen von internationaler Seite bzw. von Seiten des Dalai Lama selbst, mit Beijing in einen Dialog über die Zukunft Tibets einzutreten, dürfte damit endgültig ein Riegel vorgeschoben sein. Nach einer relativen Entspannung der Beziehungen zwischen der Beijinger Führung und dem Dalai Lama im Jahr 1998 war über die vergangenen zwei Jahre hinweg eine schrittweise Zuspitzung der Konflikte zwischen beiden Seiten zu beobachten gewesen. Im Zusammenhang des 50. Jahrestags der „friedlichen Befreiung“ Tibets, der am 21. Mai dieses Jahres begangen wurde, waren bereits intensive Bemühungen der chinesischen Führung festzustellen, den religiösen und politischen Einfluss des Dalai Lama in Tibet möglichst zurückzudrängen und die Aufmerksamkeit der tibetischen ebenso wie der internationalen Öffentlichkeit stattdessen auf die wirtschaftliche Entwicklung Tibets zu lenken. Gerade auch gegenüber dem westlichen Ausland ist Tibet in den vergangenen Monaten im Zuge einer groß angelegten Public-Relations-Kampagne als vielversprechendes Beispiel einer gezielten wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie Chinas vorgeführt worden

(vgl. C.a., 2000/5, Ü 12). (RMRB, 25., 30.6.01; www.tibetinfo.net) -hol-

16 Gehäufte Zahl von Hinrichtungen

Im Zuge der jüngsten Kampagne zur Kriminalitätsbekämpfung (vgl. C.a., 2001/5, Ü 14) haben internationale Beobachter einen erheblichen Anstieg der Zahl von Hinrichtungen verzeichnet.

Nach Angaben eines westlichen Diplomaten seien allein im Monat Mai landesweit 800 Hinrichtungen gezählt worden. Die tatsächliche Zahl dürfte noch höher liegen, da von vielen Hinrichtungen in den offiziellen Medien nicht berichtet würde.

Im Jahr 1996, als zuletzt eine landesweite Kampagne zur Kriminalitätsbekämpfung aufgelegt worden war, wurde nach Statistiken der internationalen Menschenrechtsorganisation amnesty international in den offiziellen chinesischen Medien von mindestens 4.376 Hinrichtungen berichtet. Eine ähnlich hohe Zahl könnte für das Jahr 2001 zu erwarten sein. Eine besondere Häufung von Hinrichtungen ist zudem jedes Jahr im zeitlichen Umfeld des „Internationalen Anti-Drogen-Tages“ am 26. Juni zu beobachten. Im internationalen Vergleich steht China in der Zahl der Hinrichtungen mit großen Abstand an erster Stelle.

Nach gegenwärtig gültiger Gesetzeslage in China ist die Todesstrafe auf 68 verschiedene Straftatsbestände anwendbar, darunter 28 Straftatsbestände ohne Gewaltanwendung. Zu den häufigsten mit dem Tod bestraften Verbrechen gehören Drogenkriminalität, Mord, Raub und Diebstahl, Subversion der Staatsgewalt, Körperverletzung, Entführung und Kidnapping, Vergewaltigung, Korruption, bewaffnete Raubüberfälle, Bombenanschläge und organisierte Prostitution.

Ende Juni sagte ein chinesischer Arzt vor dem US-amerikanischen Kongress aus, dass in China hingerichteten Häftlingen Organe für Transplantationen, vor allem Nieren, Haut und Hornhaut, entnommen würden. Die Aussage des Arztes bestätigen die seit vielen Jahren verbreiteten Informationen mehrerer internationaler

Menschenrechtsgruppen. Wie auch in früheren Fällen wurde die Aussage von offizieller chinesischer Seite umgehend mit der Begründung dementiert, dass seit 1984 eine Verordnung gelte, nach der zum Tode Verurteilte bzw. deren Familienangehörige einer Organentnahme zustimmen müssten. (IHT, 20.6.01; amnesty international, „People's Republic of China. The Death Penalty in 1999“, February 01; FAZ, 29.6.01) -hol-

17 Pressezensur verschärft

Die Parteibehörden haben in den vergangenen Wochen mehrere offene Akte der Zensur kritischer Zeitungsredaktionen unternommen, durch die das Pressewesen landesweit unter verstärkten Druck geraten ist.

Das jüngste und prominenteste Opfer der Zensur ist die Wochenzeitung *Southern Weekend* (*Nanfeng Zhoumo*), die sich in den vergangenen Jahren einen Ruf als kritisches Blatt mit sorgfältig recherchierten Reportagen über soziale und wirtschaftliche Missstände erworben hatte – Aufsehen erregten etwa Artikel über AIDS-Übertragung durch Blutkonserven, ländliche Unruhen, die Verbreitung des Internet etc. Anfang Juni veranlasste die Staatliche Nachrichten- und Pressebehörde die Versetzung und Zurückstufung zweier Spitzenredakteure der Zeitung. Angeblich war dies die Reaktion auf einen zuvor veröffentlichten Artikel, der anhand des individuellen Falles eines jungen Schwerverbrechens aus der Provinz Hunan die in ländlichen Regionen bestehenden gravierenden sozioökonomischen Probleme zum Ausdruck brachte. Angeblich soll sich die Regierung der Provinz Hunan an höchster Stelle über den Zeitungsartikel beschwert haben.

Die Wochenzeitung *Southern Weekend* ist ein Ableger der *Southern Daily* (*Nanfeng Ribao*), dem Organ des Parteikomitees der Provinz Guangdong. Wegen ihrer aggressiven Programmatik wurde bereits Ende 1999 die damalige Chefredakteurin der Zeitung aus ihrem Amt entlassen.

Von Pressezensurmaßnahmen außerdem betroffen ist Berichten internationaler Medien zu Folge außerdem das Magazin *Today's Celebrities*, dessen Verlag mit Sitz in der

Provinz Hebei angeblich wegen Beschädigung des Andenkens an Deng Xiaoping vor kurzem geschlossen wurde. Ferner muss sich die Zeitung *Yangcheng Evening News* (*Yangcheng Wanbao*) in Guangdong wegen eines Interviews mit der unter Publikationsverbot gestellten Sozialwissenschaftlerin He Qinglian (vgl. C.a., 2000/7, Ü 12) verantworten. Berichtet wurde außerdem von der Entlassung eines Redakteurs der Zeitung *Dahebao* in der Provinz Henan, nachdem diese mehrere kritische Artikel zum Thema Korruption veröffentlicht hatte.

Internationale Kommentatoren vermuten, dass die verschärfte Pressezensur vor dem Hintergrund des achtzigsten Jahrestags der Gründung der Kommunistischen Partei zu verstehen ist, der am 1. Juli gefeiert wird. Auch die für Mitte Juli bevorstehende Entscheidung über die Bewerbung Beijings als Austragungsort der Olympischen Spiele im Jahr 2008 dürfte eine gewichtige Rolle spielen (FT, 5., 7.6.01; AWSJ, 6.6.01; IHT, 7.6.01; SCMP, 19.6.01) -hol-

18 Wegweisende Rede Wen Jiabaos zum Thema Stadtentwicklung

Auf einem in der letzten Juniwoche in Beijing veranstalteten Kongress hielt der stellvertretende Ministerpräsident Wen Jiabao eine viel beachtete Rede zum Thema Stadtentwicklung in der VR China. Seine kritischen Ausführungen auf dem von der Chinesischen Bürgermeisterversammlung (*Zhongguo shizhang xiehui*) ausgerichteten internationalen Kongress richteten sich an die Bürgermeister großer Städte und deren Stellvertreter.

Wen Jiabao stellte einleitend zunächst den wachsenden Stellenwert der Städte im sozioökonomischen Kontext des Landes heraus. So habe in den frühen Jahren der Volksrepublik China bei einer städtischen Bevölkerung von 57,65 Mio. Menschen der Urbanisierungsgrad bei 10,6% gelegen; die Zahl der Städte habe damals landesweit 136, die der ländlichen Kleinstädte 5.400 betragen. Demgegenüber sei der Urbanisierungsgrad im Jahr 2000 auf 36,1% gestiegen; eine städtische Bevölkerung von insgesamt 455,95 Mio. Menschen verteile sich heute auf über

660 Städte und über 20.000 ländliche Kleinstädte. Die Städte kämen heute für mehr als 70% des Sozialprodukts, der Industrieproduktion und des gesamtgesellschaftlichen Einzelhandelsvolumens auf. Angesichts dieser Zahlen seien eine umsichtige Stadtplanung und eine nachhaltige Stadtentwicklung von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landes.

Scharfe Kritik übte Wen Jiabao am bestehenden Trend der Stadtplanung in zahlreichen Städten, in blindem Eifer Hochhäuser, breite Prachtstraßen und große Plätze zu bauen, die als Inbegriff der Modernisierung missverstanden würden. Durch eine einseitige Betonung wirtschaftlicher Zielvorgaben werde dabei auf das historische Erbe einer Stadt oft keine Rücksicht genommen. Vielerorts seien so wertvolle Kultur- und Landschaftsdenkmäler unwiederbringlich zerstört worden. Um weiteren Schaden zu vermeiden, sollten die Kommunen sich auf ihre Verantwortung zum Schutz des historischen Erbes besinnen und ihre lokalen Besonderheiten und Charakteristika gezielt bewahren, anstatt einer gesichtslosen Modernität anzuhängen.

Im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung nannte Wen Jiabao als höchste Priorität einen verbesserten Schutz der knappen Wasserressourcen. Gegenwärtig registrierten bereits 400 der insgesamt 660 Städte saisonalen Wassermangel; 110 von ihnen litten unter schwerer Wasserknappheit. Der verbreitete Wassermangel beeinträchtigte die weitere sozioökonomische Entwicklung der Städte in teilweise bedenklichem Ausmaß, das durchaus Anlass für ein gewisses „Krisenbewusstsein“ gebe. Konkret sei das Problem durch umfassende Begrünungs- und Aufforstungsmaßnahmen sowie durch eine abgestimmte Städtebau- und Regionalplanungspolitik anzugehen, die eine effizientere Nutzung der knappen Ressourcen ermögliche.

Abschließend mahnte der stellvertretende Ministerpräsident eine Verbesserung des kommunalen Managements an. Zu korrigieren sei die verbreitete Auffassung, wonach der wirtschaftliche Aufbau an erster, kommunale Managementkompetenzen dagegen an zweiter Stelle stünden. Die Einführung innovativer, effizienterer Ma-

nagementmethoden, die Vertrautheit mit marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Standards, die Digitalisierung bestimmter stadtplanerischer Aufgaben und eine stärkere Serviceorientierung seien wichtige Elemente einer modernen Kommunalverwaltung. Auch stünden die Bürgermeister und ihre Stellvertreter persönlich in der Pflicht, ihre politischen und fachlichen Qualifikationen für die Ausübung ihres Amtes zu verbessern.

Die Rede Wen Jiabaos fand unter den geladenen Bürgermeistern und Vizebürgermeistern Chinas viel Beachtung. Aus den gegenwärtig über 660 chinesischen Städten (regierungsunmittelbare Städte, Städte auf Bezirks- und Kreisebene) sind mehr als 5.000 Bürgermeister und Vizebürgermeister in der 1991 gegründeten Bürgermeisterversammlung organisiert. Von ihnen waren rund 500 auf dem Kongress anwesend, zu dem auch ausländische Gäste geladen waren. Die Resonanz war umso größer, als Wen Jiabao als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Zhu Rongjis im Amt des Ministerpräsidenten ab dem Jahr 2003 gehandelt wird. (RMRB, 24.6.01; Xinhua, 24.6.01, nach BBC PF, 24.6.01; XNA, 25.6.01; eigene Aufzeichnungen) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Konferenz des Verbandes für Wissenschaft und Technik

Vom 22. bis 25. Juni fand in Beijing der sechste nationale Kongress des Chinesischen Verbandes für Wissenschaft und Technik statt. Er wird alle fünf Jahre veranstaltet. Bei dem 1958 aus mehreren Einzelverbänden gegründeten Verband handelt es sich um eine Massenorganisation, in der 184 nationale Wissenschaftsgesellschaften und zahlreiche lokale Wissenschaftsorganisationen zusammengeschlossen sind. Von chinesischer Seite wird der Verband als Nichtregierungsorganisation bezeichnet, die eine Brücke zwischen dem Staat und den Wissenschaftlern und Technikern darstellt. Tatsächlich aber untersteht er der